

Die Welt steht vor immensen ökologischen, politischen und sozialen Herausforderungen durch die Covid 19-Pandemie, die globale Klimakrise, durch ökonomische und soziale Ungleichheiten. Sie wirken sich bis in die Länder und Kommunen aus. Auch verschärft die Angst vor sozialem Abstieg und vor einer unzureichenden Gesundheits- und Daseinsvorsorge die neuen Spaltungstendenzen.

Welchen der genannten Herausforderungen werden Sie sich widmen und wie wird Ihre Vorgehensweise sein?

Gerne würde ich mich allen annehmen. Ich darf interpretieren, dass Ihre Fragestellung impliziert, dass dies eine zu große Herausforderung für einzelne Politiker ist. Daher möchte ich mich in meiner Antwort auf ein Themenfeld konzentrieren, ohne dass hierdurch der Eindruck entsteht, ich würde die anderen ausklammern. Ich würde den Bereich der „Gesundheit“ als einen Schwerpunkt ansehen.

„Gesundheit wünschen ist höflich. Für sie zu sorgen ein Muss.“ So schreiben wir es als Überschrift bei unserem Wahlprogramm. Die Menschen in Baden-Württemberg haben einen Anspruch auf eine bestmögliche medizinische Versorgung. Die Corona-Pandemie hat uns vor Augen geführt, wie wichtig ein gut funktionierendes und für alle Menschen zugängliches Gesundheitswesen ist. Garantiert wird es durch eine differenzierte Kliniklandschaft und eine flächendeckende ambulante Versorgung. Leitziele für die ambulante Versorgung sowie für die Krankenhausplanung sind Qualität des Angebots, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit, aber auch Transparenz und Gewährleistung der Wahlfreiheit für die Patienten. Das Klinikangebot muss Einrichtungen der Maximalversorgung ebenso umfassen wie Krankenhäuser der Zentral-, Grund- und Regelversorgung.

Die Corona-Pandemie hat eindrucksvoll gezeigt, wie gut sich die flächendeckende und hochwertige ambulante Versorgung in Baden-Württemberg bewährt. Die ambulante medizinische Versorgung wird durch freiberuflich tätige niedergelassene Ärzte gewährleistet, muss aber auch durch neue Angebotsformen ergänzt werden, die es jungen Ärztinnen und Ärzten ermöglicht, ihre beruflichen und familiären Pflichten besser zu vereinbaren. Dabei gilt es vor allem, Lösungen für den Nachwuchsmangel an Ärzten auf dem Land zu entwickeln. Wichtig ist ebenso die Abstimmung innerhalb und zwischen dem ambulanten und dem stationären Sektor.

Auch die Apotheken haben unter Beweis gestellt, dass sie zur Versorgung der Bevölkerung vor Ort unverzichtbar sind. Beispielsweise stellen sie in ihren Laboratorien Desinfektionsmittel her, managen mit pharmazeutischem Sachverstand Engpässe in der Lieferkette von Arzneimitteln und leisten durch einen Botendienst bis an die Wohnungstür einen erheblichen Beitrag zur Arzneimittelversorgung. Oftmals vergessen, aber zur Vorbeugung und Eindämmung von Krankheiten essenziell, ist die Gesundheitsprävention auf individueller und staatlicher Ebene. Gerade im Fall der Corona-Pandemie kommt es auf die Einsicht und das verantwortungsvolle Handeln des Einzelnen an. Dieser ist nicht nur für seine individuelle Gesundheit, sondern für die der gesamten Gesellschaft mitverantwortlich.

Daher ist es Ziel liberaler Gesundheitspolitik, durch staatlich geförderte medizinische Bildung die Voraussetzungen für die eigenverantwortliche Gesundheitsvorsorge zu schaffen. Individuelle Gesundheitsbildung kann dabei auch digital durch Einsatz von Apps erfolgen, etwa um das Ernährungs- und Bewegungsverhalten zu unterstützen.

Prävention hat so einen Mehrwert für die gesamte Gesellschaft. Um ein ausreichendes Angebot an niedergelassenen Ärzten zu gewährleisten, wird das Land nicht umhinkommen, weitere Studienplätze für Medizin an den bestehenden medizinischen Fakultäten zu schaffen. Wir wollen die Belange der Pflege insgesamt, wie auch die Unterstützung von Demenzerkrankten und ihren Angehörigen in den Fokus rücken.

Zuletzt möchte ich ein paar unserer Forderungen/Pläne noch stichwortartig benennen:
Wir werden u.a.:

- den Pandemieplan des Landes vor dem Hintergrund der Erfahrungen der Corona-Krise zukunftsfest gestalten.
- den öffentlichen Gesundheitsdienst stärken, damit er seine Aufgaben im Infektionsschutz besser erfüllen kann.
- die Kliniklandschaft im Land modernisieren und dabei Förderschwerpunkte setzen. Die Förderung von Investitionen muss nachhaltig, transparent und innovationsorientiert sein.
- darauf hinwirken, dass Einrichtungen für die stationäre medizinische Versorgung Demenzerkrankter in den Kliniken geschaffen werden.
- für die ambulante Versorgung am Modell des freiberuflichen niedergelassenen Arztes als Leitbild festhalten und zugleich Angebotsformen entwickeln, die es Ärztinnen und Ärzten ermöglichen, Beruf und Familie besser zu vereinbaren.
- das Förderprogramm Landärzte weiterentwickeln und dabei verstärkt auf Gesundheitszentren setzen. Dies können beispielsweise Medizinische Versorgungszentren (MVZ), lokale Gesundheitshäuser oder genossenschaftliche Modelle sein. Die Landarztquote im Medizinstudium lehnen wir ab.
- darauf hinwirken, dass die freiberuflichen, inhabergeführten Apotheken vor Ort durch faire Wettbewerbsbedingungen auch zukünftig in der Lage sein werden, ihren flächendeckenden Versorgungsauftrag wahrzunehmen.
- die Rahmenbedingungen für Physiotherapeuten, Ergotherapeuten, Hebammen und Logopäden verbessern und die Berufsbilder perspektivisch weiterentwickeln.
- Baden-Württemberg als Premiumstandort für Rehabilitation stärken, indem wir uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass der "Reha-Deckel" in der Rentenversicherung aufgehoben wird und Rehabilitation nach Bedarf und nicht nach Kassenlage gewährt wird.
- Heilpraktikerinnen und Heilpraktiker als Angebote im Gesundheitswesen erhalten.
- über den Bundesrat die Initiative zur Aufhebung des Blutspendeverbots für homo- und bisexuelle Männer und transgeschlechtliche Menschen ergreifen.
- Frauen, vor allem Schwangere, vor Belästigungen durch Abtreibungsgegner vor Beratungsstellen, Arztpraxen und Kliniken schützen.